



**Florian Kraus
Stadtschulrat**

Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Datum: 06.02.2026

Olympiabewerbung München – Versteckte Kosten, irreführende Angaben und fehlende Transparenz?

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO
Anfrage Nr. 20-26 / F 01307 von der Stadtratsfraktion Die Linke / DIE PARTEI vom
23.09.2025, eingegangen am 23.09.2025

Sehr geehrter Herr Stadtrat Jagel,
sehr geehrte Frau Stadträtin Burneleit,
sehr geehrte Frau Stadträtin Wolf,
sehr geehrter Herr Stadtrat Lechner,

auf Ihre Anfrage vom 23.09.2025 nehme ich Bezug.

Sie haben Ihrer Anfrage folgenden Text vorausgeschickt:

„Die Stadtspitze bewirbt die Olympiabewerbung Münchens weiterhin mit offensichtlich unrealistischen und unvollständigen Kostenschätzungen. Offiziell wird von 6 bis 7 Millionen Euro für die Bewerbung und 2 Millionen Euro für die Pro-Kampagne gesprochen. Der Artikel im Spiegel („Sommerspiele ab 2036: Wie die Kosten für eine deutsche Olympiabewerbung explodieren“, 21.09.2025)¹ belegt jedoch, dass wesentliche Kostenbestandteile in der öffentlichen Kommunikation der Stadt verschwiegen oder ausgeklammert werden, wie z.B. die

Personalkosten und Kosten, die von der Olympiapark GmbH getragen werden– also öffentliche Gelder, die bislang nicht als Teil der Bewerbungskosten ausgewiesen wurden.

Die Bewerbungskosten, nachdem sich München gegen die anderen deutschen Bewerbungsstädte durchgesetzt hat, werden noch höher ausfallen und die zukünftigen Investitionskosten kommen bei der Kostenaufstellung noch überhaupt nicht vor.

Der Spiegel-Artikel spricht von insgesamt 17 Millionen Kosten. Damit übersteigen die realen Kosten bereits heute deutlich die offiziell genannten Werte. Es entsteht der Eindruck, dass die Stadt bewusst mit geschönten Zahlen arbeitet, um den Ratsentscheid nicht zu gefährden. Das wäre nicht nur politisch verantwortungslos, sondern käme einer Täuschung der Stadtbevölkerung gleich.

Olympische Spiele gelten seit Jahrzehnten als hochriskante Projekte für öffentliche Haushalte. Nun zeigt sich auch in München ein bekanntes Muster: Offizielle Kostenschätzungen werden künstlich niedrig gehalten, während zentrale Kosten wie Personalkosten oder Zahlungen städtischer Tochtergesellschaften „unter den Teppich gekehrt“ werden. Wer diese Summen nicht offenlegt, handelt nicht transparent, sondern manipulativ.

Eine vollständige Offenlegung sämtlicher Kosten sowie die Einbeziehung realistischer Risikoszenarien wäre das Mindeste. Alles andere wäre eine bewusste Täuschung der Münchner*innen vor dem Ratsentscheid.“

Zu den von Ihnen gestellten Fragen teile ich Ihnen Folgendes mit, möchte aber zum besseren Verständnis der Zusammenhänge und der Kosten Folgendes voranstellen:

Bezogen auf München finden sich im zitierten Artikel des Spiegels teilweise richtig recherchierte Zahlen, aber auch Fehlannahmen und -interpretationen. Diese haben teils auch mit Rückschlüssen aus dem Vergleich zu den anderen Bewerberstädten bzw. -regionen zu tun.

Deshalb sollte für den Standort München Folgendes zunächst zur Struktur erklärt werden, weil es spezifisch ist und Kostenunterschiede zu anderen Standorten verständlich macht.

In einem Überblick von 10 Jahren (2019-2029) ist für München eine außerordentliche Reihe von Sportgroßereignissen entstanden, die es so derzeit nirgendwo gibt, weder national noch international. Darunter befinden sich die Handball-WM 2019, die Fußball-EM 2020, die European Championships 2022, NFL Games 2022/24 (Fortsetzung ab 26 in Prüfung), Handball-EM 2024, Fußball-EM 2024, Champions League Finale 2025, Nations League Final Four 2025, Handball-WM 2027, Int. Dt. Turnfest 2029 und im Bewerbungsverfahren derzeit die Fußball-EM der Frauen 2029. Weitere sportliche Großereignisse sind in Prüfung und werden zu gegebener Zeit im Stadtrat zur Diskussion eingebracht (u.a. Leichtathletik-WM 2029/31).

Der Stadtrat entscheidet sich für eine Bewerbung stets nur, wenn der wirtschaftliche Mehrwert und andere Nutzenfaktoren (z.B. auch Impulse für den Breitensport) die Kosten bei Weitem übersteigen. Aus dieser Erkenntnis der dauerhaften Aufgabenstellung heraus beschäftigt die Landeshauptstadt München innerhalb der Stadtverwaltung ein eigenes Team, das die Bewerbung, Planung und Durchführung von Sportgroßereignissen weitgehend selbst verantwortet. Dies ist wirtschaftlicher als die umfangreiche Vergabe an Dienstleister*innen, die aber je nach Veranstaltung und Planungsstand teilweise durchaus über Vergaben ergänzt

werden muss (z.B. Mobilitätskonzepte zu einer Fußball-EM). Auch die Olympiapark München GmbH wird deshalb nur partiell einbezogen, um Drittkosten gering zu halten.

Wie hoch diese Kosten für Dienstleister*innen sein können, deuten auch die weitaus höheren Kosten der anderen Bewerberstädte für deren Konzeptaufstellung an.

Für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele ging es bislang um die Phasen der Konzeptaufstellung und der Hinführung zum Bürgerentscheid. Dies wurde in der Konzeptphase personell von einer befristeten Zusatzstelle für diese Bewerbung und anteilig (50% der Arbeitszeit) von drei weiteren Teammitgliedern geleistet, die auch alle o.g. Events voranbringen. In der begrenzten Phase der Kampagne (Juni bis Oktober 2025) arbeitete daran der größere Teil des Teams (9 Personen), aber eben auch anteilig neben anderen Projekten (zwischen 20 % und 80 % der Arbeitszeit). Eine Zuarbeit der Olympiapark München GmbH war für das Konzept nur für einen kleineren Teil notwendig, bezogen auf den Bürgerentscheid und die Informationsphase noch weniger. Hinzu kommen Dienstleister*innen für einzelne Marketingmaßnahmen, aber ebenfalls untergeordnet. Nach dem Bürgerentscheid kann dieser Aufwand drastisch zurückgefahren werden.

Deshalb sind die bislang genannten Zahlen tatsächlich abschließend. Andeutungen oder Behauptungen, dass hier etwas nicht transparent sei oder versteckt würde, sind falsch. Tatsächlich ergeben sich aber teilweise leicht differierende Zahlen, weil die Aussagen der Stadtspitze auf unterschiedliche Fragestellungen antworten.

Die bisherigen Fragestellungen haben sich idR auf einzelne Jahre bzw. Arbeitsblöcke bezogen. Der Artikel des Spiegels wiederum versucht, die Gesamtkosten der deutschen Bewerbung zu skizzieren und vermischt dies teilweise mit den regionalen Betrachtungen.

Um einen Gesamtüberblick für die Bewerbung Münchens zu schaffen, werden nun alle lokalen Kosten seit Beginn des laufenden Bewerbungsverfahrens des DOSB (erster Kontakt im Juli 2023) einbezogen. In Bezug auf eine trennscharfe Anrechnung von Personalkosten wird der Anteil der im bestehenden Team erbrachten Leistungen zusätzlich angesetzt, obwohl dies keine zusätzlichen Personalkosten ausgelöst hat und Teil der bestehenden Aufgabenbeschreibungen ist (vorhandene Stellen). Diese Systematik wurde mittlerweile mehrfach in Beschlussvorlagen und Informationsunterlagen für den Stadtrat dargestellt.

Damit ergeben sich folgende Positionen für den Zeitraum ab Mitte 2023 bis zum Ende der nationalen Bewerbungsphase (Auswahlentscheidung des DOSB im Herbst 2026):

1. Schon im Zuge der ursprünglichen Bewerbungsidee des DOSB mit einer städteübergreifenden Konzeption (z.B. Berlin/München o. Berlin/München/Düsseldorf) wurde ein Beitrag der Landeshauptstadt München (ebenso wie anderer Städte) zur Konzeptfindung in Regie des DOSB in Höhe von 500.000 € im Haushalt eingestellt (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 V 11366 vom 29.11.2023), aber wegen der Verfahrensumstellung auf Regionalkonzepte nicht abgerufen. Hiervon wurden nun ca. **330.000 €** im Rahmen des erneuerten Verfahrens für Kommunikationsmaßnahmen des DOSB eingesetzt (Anwendung der nationalen Olympiakampagne auf München).
2. Die Vergabe an Dienstleister*innen inklusive der Olympiapark GmbH beschränkt sich in der Phase der Konzeptaufstellung (Januar bis Mai 2025) auf ca. 365.000 € (zur Hälfte erstattet durch den Freistaat Bayern). Dies ist abschließend und enthält auch die

Personalkosten der OMG. Damit lag der Kostenanteil der LHM bei ca. **182.500 €**.
Siehe hierzu Sitzungsvorlage Nr. 20-26 V 15736 vom 05.02.2025.

3. Für weiterführende Konzeptvertiefungen bis zum Ende des Jahres 2025 wurden außerdem Mittel in Höhe von **240.000 €** kalkuliert (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 V 16715 vom 28.05.2025).
4. Hinzu kommen Personalkosten für eine zusätzliche Stelle ab 01.01.2024, um diese Arbeit zu koordinieren (ca. 88.000 € für 2024 und 93.000 € ab 2025).
Dies ergibt für den Zeitraum 2024 - 2026 ca. **274.000 €**.
Siehe hierzu wieder Sitzungsvorlage Nr. 20-26 V 11366 vom 29.11.2023.
5. Die Herausrechnung der oben beschriebenen Arbeitsleistung im bestehenden städtischen Veranstaltungsteam, dessen Finanzierung bereits wegen der anderen Events Bestandteil des Haushalts ist, beträgt für die Phase der Konzeptaufstellung (3 Personen / 5 Monate / 50 %) 66.250 € und für die Phase bis zum Bürgerentscheid (9 Personen / 5 Monate / im Querschnitt 50 %) 198.750 €. Im Jahr 2025 ergibt dies gesamt **265.000 €**.
6. Für den Bürgerentscheid betragen die administrativen Kosten (inkl. Wahlhelfer und IT) **4.599.700 €** (Teilhaushalte des KVR und des RIT). Darin enthalten sind Personalkosten für Wahlhelfer*innen in Höhe von 152.300 € (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 V 16715 vom 28.05.2025).
7. Die Informationsmaßnahmen bis zum Bürgerentscheid sind mit Kosten in Höhe von **1.836.000 €** dotiert (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 V 16715 vom 28.05.2025).
8. Nachdem München damit sowohl die Konzeptaufstellung als auch das Referendum bereits im Jahr 2025 vollzogen hat, bleiben im Rahmen der nationalen Bewerbung im Jahr 2026 allenfalls noch geringere Maßnahmen zur Konzeptvertiefung, die aber wiederum mit Eigenleistung und zurückhaltender Vergabe zu leisten sind. Unter Einschluss der befristeten Stelle und etwaiger Maßnahmen der Dienstleister*innen werden Kosten von ca. **400.000 €** erwartet.
9. Im Rahmen der internationalen Bewerbung entstehen lt. DOSB Kosten i.H.v. 10 Mio. €, die gemeinsam von allen Beteiligten getragen werden (Bund, Land, Stadt, DOSB). Eine Aufteilung ist bisher nicht festgelegt. Für die Stadt könnten also Kosten i.H.v. ca. **3 Mio. €** erwartet werden. Hier ist aber eine erhebliche Beteiligung der Wirtschaft durchaus möglich. Dies beginnt mit dem Jahr 2027 und reicht bis zur Entscheidung des IOC, für die derzeit noch kein Zeitpunkt festgelegt ist.
10. Für die unter Ziffer 9 genannte Phase der internationalen Bewerbung wird üblicherweise eine Bewerbungsgesellschaft gegründet, an der sich als Gesellschafter der DOSB, der Bund, der Freistaat und die Stadt beteiligen würden. Soweit es dennoch (ähnlich der Bewerbungsphase für die Winterspiele 2018) eine eigene Koordinierungsstelle der LHM braucht, würde dies vorwiegend aus dem bereits beschriebenen Team im RBS zu leisten sein. Der Arbeitsaufwand wird in Unkenntnis der exakten Aufgabenverteilung auf max. ca. 2 VZÄ geschätzt. Bei Annahme dessen und einer Bewerbungsphase von bis zu drei Jahren sowie einem Jahresmittelbetrag von ca. 110.000 € ergäben sich Personalkosten in Höhe von **660.000 €**.

Die Gesamtkosten der **Bewerbung für die Stadt München im nationalen Verfahren** liegen damit unter Einbezug des Bürgerentscheids bei ca. **8 Mio. €** (Positionen 1-8).

Bei Einrechnung der Kosten im Rahmen der internationalen Bewerbung ergeben sich für die Stadt **Gesamtkosten (national/international) i.H.v. ca. 11,7 Mio. €.**

Der Spiegel hat in seinem Artikel Kosten für München in Höhe von 17 Mio. € angegeben. Hier wurden die Kosten der internationalen Bewerbung in Höhe von 10 Mio. € komplett aufgeschlagen. Sie werden jedoch auf Bund, Land und Stadt verteilt (s. Ziffer 9). In der Erwartung einer Beteiligung der Wirtschaft an den Kosten der internationalen Bewerbung besteht durchaus die Option, dass die Gesamtkosten für die Landeshauptstadt München unter die Grenze von 10 Mio. € fallen.

Ausgehend davon nun nachfolgend auch die Beantwortung der Einzelfragen:

Frage 1:

Warum werden die Personalkosten sowie die Kosten der Olympiapark GmbH nicht offen als Teil der Bewerbungskosten kommuniziert?

Antwort:

Siehe Darstellungen oben. Die für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele zusätzlich entstandenen Personalkosten und die Kosten der Olympiapark GmbH waren in den Angaben in vollem Umfang enthalten. Nun wurde der zusätzliche Personaleinsatz, der ohnehin nur im Jahr 2025 entstanden ist und keine ergänzenden Kosten im Haushalt ausgelöst hat, fiktiv mit einberechnet.

Frage 2:

Auf welcher Grundlage entscheidet die Stadtverwaltung, welche Kosten in die offizielle Summe einfließen und welche ausgelagert oder verschwiegen werden?

Antwort:

Es werden stets alle bekannten durch die Bewerbung zusätzlich ausgelösten Kosten eingerechnet. Unterschiedliche Zahlen liegen meist daran, dass Antworten auf unterschiedliche Fragestellungen gegeben wurden bzw. der Fokus auf Teilzeiträume oder Teilbausteine der Bewerbung fällt.

Frage 3:

Hält die Stadtspitze es für transparent, wenn wesentliche Posten wie Personalkosten oder städtische Tochtergesellschaften in der öffentlichen Kommunikation ausgeklammert werden?

Antwort:

Siehe Darstellungen oben. Dies ist nicht der Fall.

Frage 4:

Wie viele städtische Beschäftigte sind derzeit an der Olympiabewerbung beteiligt und mit wie vielen Stunden (bitte getrennt nach Referaten und der Tochtergesellschaft aufschlüsseln)?

Antwort:

Siehe Darstellungen eingangs zum Team im RBS, wo der Großteil des Konzepts entstanden ist. Die dort genannten prozentualen Anteile werden gemessen an Vollzeitäquivalenten (39 Wochenstunden bei Tarifbeschäftigten, 40 Wochenstunden bei Beamt*innen). Für die Olympiapark GmbH gilt, dass in den Monaten Januar bis Mai 2025 vier Personen mit unterschiedlichen Zeitanteilen ihrer Gesamtbeschäftigung Beiträge erbracht haben. Dementsprechend wurde eine Monatspauschale für die Personalkosten errechnet (20.000 €). Für die Monate Juni bis Dezember 2025 liegt diese Pauschale bei 7.500 € bzw. ab November bei 5.000 €. Insgesamt beträgt damit der Personalkostenanteil bei der OMG im Jahr 2025 140.000 €. Ein Einzelstundennachweis der OMG wurde nicht gefordert, weil die Kalkulation stimmig war und dem realen Einsatz in der Praxis nachvollziehbar entsprach.

Frage 5:

Warum wird weiterhin an der Darstellung von „6 bis 7 Millionen Euro“ für die Bewerbung festgehalten, obwohl mit Personalkosten und Kosten der Olympiapark GmbH bereits heute deutlich höhere Beträge absehbar sind?

Antwort:

Die Zahl ergibt sich aus dem Mittelbedarf, der in der Sitzungsvorlage Nr. 20-26 V 16715 vom 28.05.2025 beschrieben wurde. Sie bezieht sich auf die Erstellung des Regionalkonzepts seit Änderung des Verfahrens im Dezember 2024 und den mit gleicher Vorlage initiierten Bürgerentscheid. Erst unter Einbeziehung des vorherigen Verfahrens (städteübergreifende Konzepte des DOSB) und der fiktiven Personalkosten (nicht zusätzlich entstanden) sowie der möglichen Vertiefungskosten im Jahr 2026 ergibt sich dann die Gesamtsumme von ca. 8,1 Mio. € für die nationale Bewerbung.

Frage 6:

Welche weiteren versteckten Kosten sind bislang noch nicht in der offiziellen Summe enthalten (z. B. externe Beratungsleistungen, Sicherheitsauflagen, Kommunikationsmaßnahmen)?

Antwort:

Siehe Ausführungen zu Beginn. Alle erkennbaren Kosten sind eingeflossen, darunter auch die beispielhaft genannten Kostenarten. Sicherheitskosten entstehen erst mit der konkreten Planung (Konzepte) oder Durchführung (Maßnahmen) von Veranstaltungen und nicht schon im Rahmen der Bewerbung.

Frage 7:

Mit welchem Gesamtrahmen an Kosten rechnet die Stadt intern, wenn alle bekannten Posten berücksichtigt werden?

Antwort:

Siehe Aufstellung und Summen vor Beantwortung der Einzelfragen.

Frage 8:

Welche Risikozuschläge kalkuliert die Verwaltung realistisch ein, und warum werden diese nicht öffentlich gemacht?

Antwort:

Es werden keine Risikoaufschläge zum Ansatz gebracht, weil die jeweiligen Kalkulationen sich auf überschaubare Zeiträume beziehen (jeweils 5 Monate in den Phasen der Konzepterstellung und der Kommunikationsmaßnahmen) und die Teilaufgaben hinreichend konkret beschrieben sind. Risikoreserven oder Positionen für Unvorhergesehenes werden eher für die Planung/Durchführung eines Sportgroßereignisses und insbesondere dann bei baulichen Maßnahmen eine Rolle spielen.

Frage 9:

Wer trägt die Verantwortung für die Irreführung der Bürger*innen, falls die offiziellen Angaben sich nach dem Ratsentscheid als systematisch zu niedrig herausstellen?

Antwort:

Schon bei bisherigen Sportgroßereignissen wurden Kalkulationen stets mit großer Gewissenhaftigkeit und mit kaufmännischer Vorsicht angestellt. Eine Überschreitung ist in den eingangs genannten Fällen noch nicht vorgekommen. Stattdessen wurden stets Spielräume für mögliche Einsparungen genutzt und teilweise auch das vorher ermittelte Budget unterschritten. Auch in Bezug auf die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele wurden Kostenrahmen seit Beginn des Verfahrens im Jahr 2023 nach bestem Wissen und Gewissen ermittelt und bisher auch immer eingehalten.

Frage 10:

Wer übernimmt die Haftung, wenn die Bewerbungskosten in Wahrheit von Beginn an zweistellig im Millionenbereich lagen?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 9.

Frage 11:

Wann gedenkt die Stadt, der Öffentlichkeit die vollständigen Bewerbungskosten inklusive Personalkosten und Beteiligung der Olympiapark GmbH vorzulegen?

Antwort:

Die entsprechende Transparenz wurde im Rahmen der durchgehend öffentlichen Beschlussvorlagen und weiterer öffentlicher Informationen stets geleistet. Auf alle obigen Ausführungen wird verwiesen.

Hinzu kommt nun der Ansatz fiktiver Personalkosten (s. Ziffer 5 unter den dargestellten Kostenpositionen), die aber nicht zusätzlich im Haushalt entstanden sind, weil bestehendes Personal eingesetzt wurde.

Frage 12:

Wie will die Stadt sicherstellen, dass der Ratsentscheid nicht auf Basis geschönter Zahlen, sondern auf Grundlage vollständiger und ehrlicher Informationen stattfindet?

Antwort:

Siehe Antworten zu den Fragen 9 und 11.

Frage 13:

Mit wie viel Zuschüssen von Bund und Land rechnet die Verwaltung momentan für den Bewerbungsprozess?

Antwort:

Siehe ebenfalls die obigen Ausführungen (Ziffern 2 und 9 unter den Kostenpositionen). Der Freistaat Bayern hat mit ca. 182.500 € zur Konzepterstellungsphase (Januar bis Mai 2025) beigetragen. Bund und Land haben signalisiert (s. auch Memorandum of Understanding), dass man zu den Kosten der internationalen Bewerbung beitragen werde. Die exakte Aufteilung unterliegt den weiteren Gesprächen.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Kraus
Stadtschulrat